

Peggauer NACHRICHTEN

www.kpoe-steiermark.at

Zugestellt durch post.at

Zeitung der **KPO** PEGGAU

Betreff: Gemeinderatswahl 21. März

Für soziale Gerechtigkeit im Ort

In Peggau ist nicht alles in Ordnung. Deshalb braucht es eine neue Kraft im Gemeinderat.

Neu für die Liste 3 - KPÖ kandidiert **Andreas Pressl** bei der Gemeinderatswahl am 21. März.

Der eingessessene Peggauer: „Man muss draußen wissen, was drinnen vorgeht. Dafür möchte ich – mit Ihrer Unterstützung sorgen. Außerdem trete ich für Gerechtigkeit bei der Wohnungsvergabe ein.“



Forderungen für Peggau:

- Wohnen muss wieder leistbar sein
- Gemeinde-Eigentum nicht ausgliedern und verkaufen
- Für sichere Arbeitsplätze im Ort. Kein Gesinnungsdruck im Betrieb
- Umweltschutz muss groß geschrieben werden. Auch bei der Firma Zuser.
- Bei Beihilfen – Wohnungsfragen: Einsetzung eines Streitschlichters für jede Angelegenheit.
- Eine Grundsicherung, die diesen Namen verdient.



LISTE 3 
KPO
HELFEN STATT REDEN

MITEINANDER
 statt gegeneinander
KPO Liste 3

VORSCHAU – TERMINE – WISSENSWERTES – INFORMATIONEN

Neid als Programm

Gastkommentar von Peter Scherz, Arbeiterkammerrat des Gewerkschaftlichen Linksblocks –GLB

Warum Solidarität zu einem Fremdwort geworden ist, ist schnell erklärt:

Seit Jahren arbeiten gewisse politische Kräfte systematisch daran, die Menschen gegeneinander auszuspielen: Arbeitende gegen Arbeitssuchende, Alte gegen Junge, Inländer gegen Ausländer usw. Durch gezielte Irreführung werden die Menschen in unserem Land gesellschaftlich auseinanderdividiert.

Interessant zu beobachten ist, dass ausgerechnet diejenigen, die auf Kosten der fleißig arbeitenden Mehrheit besonders gut verdienen, das Spiel des Auseinanderdividierens am intensivsten betreiben. Der sogenannte „Kollege“ Grosz vom BZÖ hätte beispielsweise schon Erklärungsbedarf, wenn man ihn fragen würde, wie er seine Funktionen alle meistert. So ist er beispielsweise Nationalratsabgeordneter, Gemeinderat und Landes-

parteivorsitzender. Bei all den Bezügen, die ihm da ins Haus flattern, tut er sich bestimmt leicht, über Sozialschmarotzer herzuziehen, weil er gar nicht weiß, was es heißt, von Sozialhilfe leben zu müssen. Eines aber weiß er bestimmt: Das ist ein Thema, wo man leicht einen falschen Neidkomplex wecken kann, indem man bestimmte gesellschaftliche Schichten für Entwicklungen verantwortlich macht, wofür diese überhaupt nichts können.

Das Schlimmste daran ist aber, dass die Regierungsparteien dagegen nicht Stellung beziehen. Im Gegenteil: Von dort kommen kontraproduktive Vorschläge wie jener, ein Transferkonto einzurichten, Vorschläge, die nur dazu dienen, sozial Benachteiligte an den Pranger zu stellen. Der Kern der Problematik liegt in unserem System, in dem der Profit zählt und nicht der Mensch.



Würde man hier ansetzen, könnte man bald feststellen, dass Sozialschmarotzer kein Thema mehr wären.

Peter Scherz ist Arbeiterbetriebsrat bei Magna-Steyr in Graz und AK-Rat des Gewerkschaftlichen Linksblocks (GLB)



Lärm-schutzwand auf einer Seite

Die Lärmschutzwand der ÖBB steht bisher nur auf einer Seite beim Zuser als Sichtschutz. Das ist eine Erleichterung für die Menschen auf der Bahnseite.

Die Anrainer im Ortsteil auf der anderen Seite haben nichts davon. Es gibt weiter Lärm und großen Gestank. Bürgermeister Salomon und die SPÖ schieben die Verantwortung von sich und in Richtung LH Voves. Natürlich ist das auch eine Kostenfrage. Wir treten dafür ein, dass es zu einer Einigung mit den Anrainern kommt und dass das Land einen Teil übernimmt.



FP und die Skandale

Was haben Karl-Heinz Grasser, Martin Graf und Uwe Scheuch gemeinsam? Sie waren oder sind in Skandale verwickelt, und sie sind in der FPÖ groß geworden. Jeden Tag fliegt ein neuer Skandal auf, bei dem die Staatsanwälte einschreiten müssen. Und fast immer sind daran Leute beteiligt, die von der FP auf gut dotierte Posten gesetzt worden sind.

Sie reden gerne von den „Kleinen Leuten“. In Wirklichkeit denken sie nur an die eigene Briefftasche. Das gilt auch für die Strache-Partei.

Strompreis senken !

Der Energiepreisindex der österreichischen Energieagentur zeigt auf, dass der Großhandelspreis für Strom gesunken ist. Im Gegensatz dazu hat der steirische Haushalts-Stromkunde 2006 nur 5,614 Cent pro Kilowattstunde bezahlt, heute sind es 7,43 Cent. KPÖ-Mandatar Werner Murgg fordert eine Energiepreissenkung um 2 Cent. Die KPÖ setzt sich für einen „Steiermark-Tarif“ ein, der Haushaltskunden einen deutlichen günstigeren Preis bieten soll – die unterste Tarifstufe soll 5 Cent pro kWh betragen (derzeit über 7 Cent). Wenn es nicht anders geht, muss das gesetzlich geregelt werden!

Zur Erinnerung:

Firma Zuser ist eine „Problemfirma an einem Problemstandort“

„Auf derzeit 7,5 Hektar Betriebsfläche unweit des Ortszentrums von Peggau bearbeitet und lagert die Firma Zuser Umweltservice Müll. Hausmüll und anderes Material wie Reifen, Plastik, das für die Müllverbrennung aufbereitet wird. 160.000 Tonnen im Jahr. Bei Wind überziehen strenge Geruchsschwaden und Plastikfetzen den 300 Meter entfernten Ort. Für die Peggauer stinkt Zusers Müll längst zum Himmel.

Im Einzugsgebiet dieser Schwaden steht auch die Volksschule, daneben wird gerade ein neuer Kindergarten errichtet. Eine Mutter, die ihre Tochter von der Schule abholt, bestätigt: „Hier zieht regelmäßig Gestank herüber. Weht der richtige Wind, ist es ganz arg“. Für Schuldirektor Franz Stampler ist es „leider normal“, dass man an bestimmten Tagen die Fenster besser nicht aufmacht.

In einem anonymen Brief an die Kleine Zeitung macht sich ein Bewohner des Ortes Luft und erhebt schwere Vorwürfe. „Ein Leben in Peggau ist durch Zuser bereits unerträglich“, so der Briefschreiber. Die Behörden würden die Bürger im Stich lassen. Bürgermeister Helmut Salomon weiß um die Probleme, sieht sich dem gegenüber aber machtlos: „Die Gemeinde kann nichts dagegen machen. Wir

haben gemäß Abfallwirtschaftsgesetz nicht einmal Parteienstellung.“

„**Problembetrieb**“. Für Günther Rupp von der zuständigen Fachabteilung 13 A des Landes Steiermark ist die Zuser Umweltservice ein „Problembetrieb“ an einem „Problemstandort“. Betriebskontrollen bei Zuser seien viel häufiger vorzunehmen als bei anderen derartigen Betrieben. „Die Anlage in diesem ohnehin belasteten Ort macht viel Ärger. Zugleich hält Zuser die vorgeschriebenen Müllmengen auf den Lagerflächen nicht ein“, so Rupp. Diese „Überlagerungen“ seien auch aktenkundig, sie würden auch immer wieder zu Bränden auf dem Gelände führen, wie zuletzt 2007.

Übermengen in der Vergangenheit hätte es gegeben, sagt Zuser-Chef Georg Zuser. Nun will der Betrieb sogar um weitere 40.000-Quadratmeter für ein Ballenlager erweitern. „Dann rücken wir von derzeit 300 auf etwa 150 Meter an den Ort heran“, so Georg Zuser. Ein Erdwall soll das Gelände abschirmen. Eine permanente Geruchsbelästigung in Peggau will Zuser nicht wahrnehmen, Proteste gebe es auch nicht. (*Kleine Zeitung*, 23.4. 2009)

Zuser führt auch die Müllentsorgung für die Gemeinde Peggau durch.



Wohnbeihilfe anpassen:

Pensionserhöhung darf kein Minusgeschäft werden!

Die KPÖ tritt dafür ein, dass die Wohnbeihilfe des Landes nicht gekürzt wird, wenn es eine Pensionserhöhung gibt.

Vor allem Bezieherinnen und Bezieher niedriger Einkommen und Pensionen leiden besonders unter der allgemeinen Teuerung. Zu den stärksten Preistreibern zählen die Wohnungskosten, also Miete, Betriebs- und Heizungskosten. Hier bietet die Wohnbeihilfe zumindest

eine gewisse Linderung. In zahlreichen Gesprächen zeigte sich: Vor allem Bezieherinnen von Mindestpensionen passiert es immer wieder, dass bereits bei einer geringen Pensionserhöhung (z. B. 30,- Euro) die Wohnbeihilfe im selben Ausmaß oder oft noch mehr reduziert wird, sodass diese Erhöhung durch die Reduktion der Wohnbeihilfe komplett aufgesaugt wird. Oft bleibt unterm Strich sogar noch we-

niger Pension als vor der Pensionserhöhung. Dieselbe Beobachtung mussten wir auch bei Löhnen und Gehältern von Niedrigverdienern machen: Wenige Euro mehr an Entlohnung werden durch eine entsprechende Senkung der Wohnbeihilfe sofort wieder wettgemacht.

Um hier entgegenzusteuern, wäre es dringend geboten, die Wohnbeihilfe wertmäßig anzupassen.

WOHNBEIHILFE

Wohnbeihilfe gibt es für alle Mietwohnungen, wenn der Hauptmietzins ohne Betriebskosten 6,52 Euro/m² nicht übersteigt. Je nach Einkommen bekommt eine Person max. 182 Euro/Monat.

Anträge und Informationen beim Land Steiermark, Dietrichsteinplatz 15, Tel. 0316/877-3748. Der Wohnbeihilfenrechner berechnet Ihren Anspruch online. (Suche unter www.stmk.gv.at)



Das will die KPÖ

Die Konzerne haben starke Lobbies, die auch in der Krise Millionen an Steuergeldern für ihre Zwecke herausholen können. Wir von der KPÖ treten für die Menschen ein, die keine Lobby haben. Das zeigt die KPÖ im Landtag in Graz und in vielen Gemeinden Tag für Tag mit ihrer Arbeit.

KPÖ-Politiker wie **Ernest Kaltenegger** verwenden große Teile ihres Politgehalts für konkrete Hilfe in Notlagen. Das ist wichtig. Damit ist es aber nicht getan.

Wir sind für eine Gesellschaft in der nicht mehr das Geld regiert, sondern die Menschen wirklich im Mittelpunkt stehen.

Deshalb fordern wir eine Umverteilung von oben nach unten. Trotz der Krise gibt es Millionengewinne für wenige. Gleichzeitig wird es für immer mehr Menschen zur Bewährungsprobe, ihr tägliches Leben zu bewältigen. Für diese Leute sind wir da.

**Privilegien
Gebührenerhöhungen
Freunderlwirtschaft** ?

Mit uns nicht!



KPÖ

im Gemeinderat

www.kpoe-steiermark.at